

Zu wenig Zeit für echte Debatte

Aargauer Stimmen zur ausserordentlichen Session über die Zuwanderung in die Schweiz

Heute Montag beginnt die Frühlingssession in Bern. Mittendrin werden gleich zwei ausserordentliche Sessions zu Arbeitslosigkeit und Zuwanderung einge-schoben. Was sind die Erwartungen von Aargauer Nationalräten?

MATHIAS KÜNG
«Diese Sonderdebatte erlaubt es, eine grosse Zahl von Vorstössen zu einem aktuellen Thema zu diskutieren und Beschlüsse zu fassen», sagt die SP-Nationalrätin und Sozialpolitikerin aus Wettingen, Doris Stump, zur Zuwanderungsdebatte. Sie erwartet, «dass die Bedeutung der Zuwanderung für die schweizerische Wirtschaft und unser Gesundheitssystem erkannt wird und sinnvolle Regelungen zur besseren Integration von Ausländerinnen und Ausländern beschlossen werden».

Gerü Müller: «Hürden nicht erhöhen»

Für Gerü Müller (Grüne) ist die Zuwanderung «zurzeit hauptsächlich eine Folge der Veränderung in der schweizerischen Arbeitswelt». Es werden hier Arbeitsplätze angeboten, für welche in der Schweiz zu wenige spezifische Arbeitskräfte vorhanden sind. Dies irritiere natürlich, sagt Müller, weil auch die Schweiz eine Arbeitslosigkeit kennt. Dieser Situation können wir insbesondere dadurch begegnen, so schlägt er vor, «dass wir v.a. in der Weiterbildung endlich investieren und die Arbeitsplätze v.a. im Gesundheitswesen und in der Gastronomie wesentlich attraktiver gestalten». Es müsse «dringend verhindert werden, dass wir die Hürden für Zuwanderer erhöhen oder ihren Aufenthalt erschweren».

Zwiespältige Gefühle hegt Esther Egger (CVP). Sie steht unter dem Eindruck, dass das Parlament die Idee von ausserordentlichen und Sondersessionen überstrapaziert. In der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit könne man kaum eine vertiefte Debatte führen. Egger kritisiert, «Schwarz-Weiss-Diskussionen» der jüngsten Zeit wie etwa die Deutschen-Debatte brächten nichts. Immerhin biete die ausserordentliche Session den Fraktionen die



ZUSÄTZLICHE KONKURRENZ Viele haben Angst, dass ihnen Einwanderer den Arbeitsplatz wegnehmen könnten. HO

Möglichkeit, kompakt Stellung zu nehmen.

«Zeit für Schadenbegrenzung»

Ganz andere Prioritäten als Gerü Müller setzt Sylvia Flückiger (SVP). Sie hat zur Begrenzung der Aufenthaltserlaubnis für arbeitslose EU-Bürger eine Motion eingereicht und ärgert sich sehr, dass es der Bundesrat «verpasst hat, rechtzeitig die Ventilklausel anzuwenden, wie ich sie mit meiner Motion gefordert hatte». Der Bundesrat habe ihre Motion fälschlicherweise in der Annahme abgelehnt, so Flückiger, dass die Zuwanderung stagniere oder zurückgehe, wenn die Arbeitslosigkeit infolge Konjunkturabnahme ansteigt. Flückiger: «Heute wissen wir,

dass das nicht stimmt.» Wenn die SVP das Abkommen mit der EU kündigen und neu aushandeln wolle, tue sie nichts anderes, als den Bundesrat beim Wort zu nehmen. Jetzt sei es höchste Zeit für Schadensbegrenzung. Wenn es aber so weitergehe wie bisher, dann, so Flückiger, «wird uns nichts anderes übrig bleiben als die Sozialleistungen einzuschränken und in Richtung Hartz IV zu gehen».

Müller: In dieser Form unsinnig

Nochmals eine ganz andere Sicht hat der Ausländerspezialist der FDP Schweiz, Philipp Müller. Von der «Kraut-und-Rüben-Debatte» zur Zuwanderung mit über 130 Vorstössen hält er wenig. In dieser Form sei die

Debatte unsinnig. Er würde diese gern in drei Teilbereiche aufsplitten. In erster Priorität brauche es eine Debatte über die Zuwanderung aus Drittstaaten, die zu seinem grossen Ärger gar nicht rückläufig ist. Zweitens brauche es eine Debatte zum Asylbereich und erst in dritter Linie über die Personenfreizügigkeit. Dies, weil die Zuwanderung aus der EU in der Krise tatsächlich rückläufig sei. Viel mehr Sorgen bereitet Müller die Zuwanderung aus Schwarzafrika über den Asylbereich und den Familiennachzug, wenn man diese Leute trotz abgelehntem Asylantrag nicht zurückschicken könne. Er erwartet, dass in der Schweiz in drei bis vier Jahren mehr Afrikaner leben werden als türkische Einwanderer.

Nachrichten

Raser gingen in die Falle

Am Samstagnachmittag hat eine zivile Patrouille der mobilen Einsatzpolizei auf der A3 zwischen Frick und Bözberg ein Motorrad mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 206 km/h gemessen. Am Lenker sass ein gerade mal 18-Jähriger. Der Lernfahrausweis wurde ihm auf der Stelle entzogen. Das Motorrad wurde von der Polizei für eine Fahrzeugexpertise sichergestellt. Am gleichen Nachmittag hat die mobile Einsatzpolizei in Bellikon ausserorts eine Geschwindigkeitskontrolle durchgeführt. Fünf Fahrzeuglenker wurden wegen massiv übersetzter Geschwindigkeit der Fahrausweis auf der Stelle entzogen. Ein Motorradfahrer war mit 160, ein Automobilist mit 143 statt der erlaubten 80 km/h unterwegs. (MZ)

Würenlingen Vandalen haben gewütet

Einen regelrechten Verwüstungsfeldzug veranstalteten unbekannte Vandalen in der Nacht auf gestern in Würenlingen. An der Kuhgässli- und der Breitenstrasse wurden sämtliche Baustellen-Signalstationen umgeworfen oder zerstört. In der Nähe des Schulhauses Weissenstein beschädigten die Täter Werbetafeln. Beim Kreisel Weissenstein wurde die Eisenfigur umgeknickt. An der Industriestrasse beim Coop Bau und Hobby und bei der Firma Meier Bodenbeläge gab es weitere Sachbeschädigungen. Hinweise zu den Vandalen nimmt die Kapo Nord in Klingnau entgegen: 056 268 60 10. (MZ)

Mägenwil Kantholz flog auf Autobahn

An drei Autos entstand am Samstagnachmittag kurz nach 14 Uhr ein beträchtlicher Schaden durch ein auf der Autobahn herumfliegendes Kantholz. Die betroffenen Automobilisten sagten übereinstimmend aus, auf der A1 Richtung Zürich sei auf Höhe Mägenwil unvermittelt ein Kantholz vor ihren Wagen geschleudert worden und ein Ausweichmanöver sei wegen des dichten Verkehrs nicht möglich gewesen. Die drei Fahrzeuge mussten abgeschleppt werden. Die mobile Einsatzpolizei in Schafisheim sucht das Fahrzeug, von dem das Kantholz flog. Hinweise an 062 886 88 88. (MZ)

Fleckviehzucht mit neuem Vizepräsident

An der Delegiertenversammlung des Aargauischen Fleckviehzuchtverbandes in Schneisingen trat der bekannte Züchter und langjährige Vizepräsident Hansueli Senn, Asp, aus dem Vorstand zurück. Christian Wolleb, Lupfig, ersetzt ihn. Der mit 633 000 Franken Vermögen solid finanzierte Verband unterstützte die letztes Jahr an kantonalen und nationalen Ausstellungen erfolgreichen aargauischen Fleckviehzüchter tatkräftig. (H.P.W.)

Diese Vorstösse aus dem Aargau und über den Aargau sind in der Frühlingssession traktandiert

DARF DER BUND SCHLOSS WILDEGG VERÄUSSERN?



Im Aargau ist unlängst die Übernahme der Schlossdomäne Wildegg vom Schweizerischen Nationalmuseum per 1. Januar 2011 mit vielen Nebengeräuschen über die Bühne gegangen. Ein zentraler Kritikpunkt dabei lautete, Adelheid von Effinger habe 1912 der Eidgenossenschaft das gesamte Anwesen als «nicht verkäuflich» vererbt. Der Ausserhoder Ständerat Hans Altherr (Bild) wollte nun aufgrund der Verhandlungen zwischen dem Bundesrat wissen, «wie er die geplante testamentswidrige Veräusserung» begründe. Der Bundesrat antwortet jetzt, ein «explizites Veräusserungsverbot» sei im Testament nicht enthalten. Dieses ergebe sich allenfalls aus dem Gesamtzusammenhang des Testaments. Erbrechtliche Auflagen seien aber nicht unbefristet gültig. «Nach herrschender Lehre und Praxis erlöschen erbrechtliche Auflagen nach 50 bis 70 Jahren.» (MKU)

EWIGE BAUSTELLE ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM



2006 hat der damalige EVP-Nationalrat Heiner Studer eine Motion für eine ökologische Steuerreform eingereicht. Ziel: Der Bund soll auf nicht erneuerbaren Energien eine Abgabe erheben und den Reinertrag zur Senkung der Steuerbelastung der Arbeit verwenden. Studer ist inzwischen nicht mehr im Rat und seine Motion hat etliche Kurven genommen, nachdem sie 2007 vom Nationalrat unterstützt wurde. 2009 fand sie auch im Ständerat Zustimmung. Dieser ergänzte den Vorstoss aber mit dem Auftrag an den Bundesrat, einen Bericht über die Wirksamkeit bestehender Rahmenbedingungen für den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen sowie eine Vorlage zu unterbreiten, welche diese Rahmenbedingungen verbessert. Die Vorlage soll auch Elemente einer aufkommensneutralen Ökologisierung des Steuersystems enthalten. Jetzt entscheidet der Nationalrat über diesen Zusatz. (MKU)

BEI ARMEEREKRUTIERUNG VIEL FEINER FILTERN



Diverse schwerste Missbräuche von Armeeingehörigen mit den ihnen anvertrauten Waffen haben eine heftige Debatte und die Initiative gegen die Heimbildung ausgelöst. FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger-Walther will das Problem auf andere Weise an der Wurzel packen und verlangt in einer Motion die Wiederaufnahme von in der gescheiterten Militärgesetzrevision vorgesehenen verfeinerten Massnahmen bei der Rekrutierung von Armeeingehörigen. Will heissen: Wer infolge eines Strafurteils für die Armee untragbar geworden ist, soll gar nicht mehr rekrutiert werden können. Ebenso geht es dabei um wichtige Ausschlussgründe. Der Bundesrat ist bereit, die Motion im Rahmen einer Neuaufgabe der Gesetzesrevision entgegenzunehmen. Der Nationalrat hat bereits zugestimmt. Jetzt ist der Ständerat am Zug. Auch seine Kommission unterstützt die Motion einstimmig. (MKU)

KAMPF DEN RASERN MIT EINER BLACKBOX



Der Aargauer FDP-Nationalrat Philipp Müller verlangt in einer Motion gesetzliche Grundlagen, um solche «gemeingefährliche Geschwindigkeitsexzesse» wirksam zu bekämpfen. Wer nach dem Entzug des Führerausweises eine Geschwindigkeitsübertretung begeht, die zu einem erneuten Entzug desselben führt, soll laut Müller «nach dessen Wiedererhalt obligatorisch und auf eigene Kosten im von ihm gefahrenen Fahrzeug ein Aufzeichnungsgerät (Blackbox) mit integriertem GPS-System einbauen lassen». Er wolle nicht die Automobilisten kriminalisieren, schreibt Müller. Doch wer sich gemeingefährlich verhalte, sei rigoros zu überwachen. Der Bundesrat will im Programm «Via Sicura» eine Massnahme in dieselbe Richtung, geht aber weniger weit. Es ist jetzt am Parlament zu entscheiden, ob ihm das bundesrätliche Vorgehen genügt oder ob es die verschärfte Müllersche Variante will. (MKU)

WENIGER STAUSTELLEN AUF DEN AUTOBAHNEN



Wer ärgert sich auf Autobahnen nicht jeweils über exakt in der Ferienreisezeit aufgebaute Baustellen? In einer Motion für eine Verkürzung der Baustellendauer rennt SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner jetzt buchstäblich offene Türen ein. Der Bundesrat ist bereit, entsprechende Massnahmen zu treffen, der Nationalrat hat die Motion bereits durchgewinkt. Jetzt ist es am Ständerat, Stellung zu nehmen. Giezendanner will mit der Motion aber auch eine Anpassung der Vergaberichtlinien für solche Arbeiten erreichen, damit auch KMU mitbieten können. Bezüglich baustellenbedingter Staus hält sich der Bund allerdings zugute, bereits Verbesserungen erreicht zu haben. In der Antwort auf Giezendanners Vorstoss schreibt der Bundesrat, 2006 seien auf den Nationalstrassen noch 13,2 Prozent aller Staus auf Baustellen zurückzuführen gewesen. 2008 waren es «nur» noch 7 Prozent. (MKU)